

Ganz im Norden der Republik, in Hamburg, funkt die Polizei seit Mittwoch dieser Woche flächendeckend digital. In Bayern dagegen hakt es bei der Einführung des digitalen Behördenfunks für Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungsdienste gewaltig. Ursprünglich sollte die Tech-

Probleme beim digitalen Behördenfunk nik bereits bis zur Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2006 in Betrieb sein. In der Realität ist sie gerade mal im Probelauf. Das hat sowohl technische Gründe, denn der

Digitalfunk hat noch immer viele Macken. Außerdem gibt es in der Bevölkerung und unter den Betroffenen Skepsis. Aufgeschreckt durch Berichte aus Großbritannien und Warnungen von Bürgerinitiativen, macht sich Angst vor gesundheitlichen Schäden breit.

Gefühlt gefährlich

Digitalfunkgegner warnen vor Gesundheitsrisiken – und bei den Betroffenen wächst die Verunsicherung

Von Franz Kotteder

Mitte Februar wurde das Bayerische Innenministerium dann doch ein wenig nervös. Die dort angesiedelte „Projektgruppe DigiNet“ verschickte im vergangenen Monat ein Rundschreiben an alle Kreisverwaltungsbehörden, die es an sämtliche Rettungsdienstkräfte, Polizeistationen und Feuerwehren in Bayern weiterleiten sollten. Gesundheitsgefährdung durch den neuen Behördenfunk, hieß es dort, sei nicht zu befürchten. Ein BOS-Funkgerät (BOS steht für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) strahle überdies weniger stark als ein Handy. Und entgegen anderslautenden Gerüchten seien bislang keinerlei negative Auswirkungen auf die Gesundheit derer, die mit dem neuen Digitalfunk arbeiten sollen, nachweisbar.

Der Hintergrund für das Sende schreiben aus dem Innenministerium: Die Mobilfunkgegner des bundesweiten Vereins „Diagnose Funk“, Landesverband Bayern, hatten gewissermaßen mobil gemacht. Sie hatten sich brieflich an zahlreiche Gemeinden und kommunale Mandatsträger gewandt, um auf die Risiken hinzuweisen, die ihrer Ansicht nach durch den digitalen Behördenfunk auf die bayerischen Bürger und speziell jene zukommen, die mit diesem Behördenfunk einmal arbeiten sollen: Polizeibeamte, Feuerwehrleute, Rettungsdienste. Dabei ging es vor allem um eine Studie aus

das die Versprechungen über den Nutzen des Projekts in den bisher laufenden Probetriebsgebieten nicht eingehalten würden und eine unabsehbare Kostenexplosion drohe. Trudi Christof, Sprecherin von „Diagnose Funk“, sagt: „Das Innenministerium informiert sehr einseitig. Wir wollen eine faire, ausgewogene Information und auch unsere Position vertreten können. Das wäre eine wirklich demokratische Vorgehensweise.“

Tatsächlich ist die Informationslage in den einzelnen Städten und Landkreisen sehr unterschiedlich. Peter Schall, stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, hört kaum einmal von Bedenken. Die Gewerkschaft habe sich bereits auf einer Arbeitssicherheitstagung damit befasst: „Dort wurde uns gesagt, es seien bisher keine gesundheitsschädlichen Wirkungen nachweisbar, medizinisch wäre nichts feststellbar.“ Ähnliches weiß Uwe Peetz, Geschäftsführer beim Landesfeuerwehrverband Bayern, zu berichten. Auch dort gab es bislang kaum Nachfragen.

Eine Ebene tiefer sieht das schon ein bisschen anders aus. So hat der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Fürstentfeldbruck auf seiner Verbandsversammlung vor einer Woche beschlossen, den Probetrieb für den digitalen Behördenfunk erst dann zu beginnen, wenn einige Fragen zu den gesundheitlichen Auswirkungen geklärt seien. Treibende Kraft hinter dem Beschluss war der Starnberger Kreisrat Peter Unger (Grüne). Und im Landkreis Ebersberg berichtet Kreisbrandrat Gerd Bullinger von zahlreichen Anfragen aus dem Kreis der Feuerwehren, wie das denn nun sei mit dem BOS-Funk und der Gesundheit. Deshalb habe man Ende Februar einen Informationsabend für alle Betroffenen in Vaterstetten veranstaltet, zu dem auch Vertreter der Mobilfunkgegner eingeladen waren. Fazit laut Bullinger: „Momentan gibt es keine wissenschaftlich fundierte Langzeitstudie, die gesundheitliche Gefahren nachweist, und ein schnurloses Telefon in der Wohnung strahlt stärker als das BOS-Funkgerät. Andererseits: Asbest galt ja auch mal als Baustoff der Zukunft...“

Das fasst die bald seit 20 Jahren andauernde Debatte über die Auswirkungen von Hochfrequenzfunk ganz gut zusammen. Unbestritten ist zwar, dass hochfrequente elektromagnetische Felder gesundheitsschädlich sind – die Frage ist nur, ab welcher Stärke diese Schäden auftreten und ob sie schon beim Mobil- und BOS-Funk auftreten können. Die Funknetzbetreiber und die staatlichen Stellen vom Bundesamt für Strahlenschutz bis hin zu den Gesundheitsämtern sagen, bei Einhaltung der bestehenden Grenzwerte bestehe keinerlei Gefahr. Die Mobilfunkkritiker bezweifeln das und weisen auf eine Vielzahl von Studien hin, die gesundheitliche Beeinträchtigun-



Schön sind sie nicht, die neuen Masten für den Digitalfunk – hier ein Exemplar bei Berg im Landkreis Freising. Aber ist die Technik auch gefährlich? Darüber wird noch gestritten.
Foto: Marco Einfeldt

Es gibt Hinweise auf Beeinträchtigungen, aber noch keine Belege.

Großbritannien, die von Polizeibeamten berichtete, die über Depressionen, Schlafstörungen, Konzentrationschwäche und Hautausschlägen klagten. In Großbritannien ist die sogenannte Tetra-Funktechnologie, die für den digitalen Behördenfunk verwendet wird, bereits seit dem Jahr 2000 im Einsatz. Es handelt sich dabei um das weltweit größte Tetra-Funknetz mit rund 150 000 Nutzern. Die britische Polizeigewerkschaft hatte schon kurz nach der Einführung Berichte veröffentlicht, die von gesundheitlichen Beschwerden der Nutzer handelten.

Unter anderem darauf beziehen sich die Mobilfunkkritiker, die sich im Dachverband „Diagnose Funk“ zusammengeschlossen haben. Bis Dezember vergangenen Jahres hatten sie schon rund 20 000 Unterschriften gegen die Einführung des Tetra-Funknetzes in ganz Bayern gesammelt. Ihrer Ansicht nach betreibt die Staatsregierung eine „Augen-zu-und-durch-Politik in Basta-Manier“. Sie nehme die möglichen Gesundheitsrisiken nicht ernst – ganz unabhängig davon,

gen zumindest nahelegen. Dies ist zugleich aber auch das Problem: Es gibt zwar Hinweise, aber noch keine Beweise im wissenschaftlichen Sinn. Dafür müssten entsprechende Studien durch weitere Untersuchungen bestätigt werden und repräsentativ genug sein. Dies ist aber bislang noch nicht der Fall gewesen.

Nicole Schmieder von der „Projektgruppe DigiNet“ des Innenministeriums sieht das auch bei der britischen Polizeistudie so. Dabei handle es sich „um selektive Fallbeispiele, bei denen körperliche Symptome mit elektromagnetischen Feldern in Beziehung gesetzt werden, ohne dass ein kausaler Zusammenhang wis-

senschaftlich belegt werden kann“. Aufschlüsse erhofft man sich von einer derzeit laufenden, fundierten Langzeitstudie bei den britischen Polizeibehörden.

Die Ergebnisse sollen allerdings erst 2018 vorliegen. Bis dahin will das Innenministerium den BOS-Funk in Bayern jedoch längst eingeführt haben.

Pleiten, Pech und Pannen

Die träge Einführung der neuen Technik in Bayern erzürnt die Opposition im Landtag.

München – Das lange Hin und Her um die Einführung des Digitalfunks sorgt im Bayerischen Landtag für Ärger. Diese Woche wurde das wieder deutlich. In der Sitzung des Innenausschusses verkündete Innenstaatssekretär Gerhard Eck (CSU) am Mittwoch die vermeintlichen Fortschritte der digitalen Funk-Revolution. Auf bayerischen Bergen, in Städten und in Wäldern sei seine Projektgruppe unterwegs, um Sendemasten zu errichten und uneinsichtige Bürgermeister zu bekehren. Die Hälfte der etwa 1000 in Bayern vorgesehenen Funkstationen würden bis Jahresende aufgebaut. In München bereite die Polizei die vollständige Umstellung auf den Digitalfunk vor.

Alles in bester Ordnung also? Mitnichten. Die Opposition teilt Ecks Euphorie nicht. Grundsätzlich sind alle Fraktionen zwar für den Digitalfunk. Die Einführung sei jedoch „eine unendliche Geschichte“, moniert Helga Schmitt-Bussinger (SPD), „geprägt von Pleiten, Pech und Pannen“. Bereits zur Fußball-WM 2006 habe der damalige Innenminister Günther Beckstein (CSU) digital funken wollen. Doch außer pannenreichen Test-Inbetriebnahmen und der Bildung von Haushalts-Rücklagen in Höhe von 250 Millionen Euro sei wenig geschehen. „Wir warten, warten und warten“, kritisiert auch Bernhard Pohl von den Freien Wählern.

Eck mag die Kritik nicht verstehen. Verantwortlich für die Verzögerungen sei nicht das Innenministerium. Die Schuld liege bei überfrachten Bürgerinitiativen und einigen Kommunalpolitikern, die sich gegen die Technik wehrten. Die Bürgerstimmen nehme man ernst: „Wir setzen auf Dialog, sowohl bei der Standortwahl als auch bei der Einführung unter den Einsatzkräften.“ Momentan kämpfe man aber nur noch mit etwa 30 „Fundamentaloppositions-Standorten“.



Die Polizei testet derzeit digitale Handfunkgeräte. Foto: ddpd

Immerhin gibt es Bereitschaft zum Dialog. Die war nicht immer vorhanden. Als der Bund 2007 beschloss, bis 2010 auf die neue Sendetechnik umzustellen, wurde in Bayern vorerst geheim nach Standorten für die Sendemasten gesucht. So wollte man wohl vor allem Streit über Schäden durch die Strahlung aus dem Weg gehen. „Das war eine Anordnung aus Berlin“, sagt Eck heute. Resultat ist ein gewachsenes Misstrauen der Menschen.

Bedenken haben die Kommunen außerdem wegen der finanziellen Lasten. Die Kommunen sollen für die Kosten der Endgeräte aufkommen. Der Freistaat fördert den Ankauf nur zu 80 Prozent. 380 Euro kostet ein Handfunkgerät für einen Feuerwehrmann laut der „Projektgruppe DigiNet“. „Es ist inakzeptabel, dass der Freistaat so hohe Kosten auf die Kommunen abwälzt“, ärgert sich SPD-Frau Schmitt-Bussinger. Pohl von den Freien Wählern will endlich einen verbindlichen Termin hören, an dem die Gemeinden das Geld einstellen sollen.

Mancherorts wird der Vorwurf laut, der Freistaat würde rebellische Gemeinden erpressen. Gibst du mir kein Grundstück für unsere Masten, geben wir dir kein Geld – nach diesem Motto werde versucht, Kommunalpolitiker in die Knie zu zwingen, die kein Gemeindegrundstück für einen Masten zur Verfügung stellen wollen.
Anja Reiter

München – „Wenn er laufen würde, täte er gut ankommen.“ Fast valentinesk klingt der Satz von Jürgen Ascherl von der Deutschen Polizeigewerkschaft. Ein Satz mit vielen Konjunktionen, exemplarisch für die Einführung des Digitalfunks am Münchner Polizeipräsidium. Die neue Technik sollte den Beamten den Arbeitsalltag erleichtern, abhürsicher sein und eine verbesserte Sprachqualität liefern. Stattdessen kämpfen die Vorreiter seit fast drei Jahren gegen die Kinderkrankheiten des Digitalfunks. Zum Jahresende, hofft Andreas Forster von der „Projektgruppe DigiFunk“, wird das komplette Polizeipräsidium München inklusive des Flughafens auf digitaler Wellenlänge liegen. Der alte Analogfunk bleibt aber noch, als „Rückfallebene“.

Mit Pressekonferenz, Staatssekretär, Polizeipräsident und schönen Worten gab das Polizeipräsidium München im Dezember 2010 den Startschuss für den ersten erweiterten Probetrieb des Digitalfunks. Sechs Monate sollte die Testphase dauern. Im Februar war aber gleich mal Schluss: Die Sprechverbindungen funktionierte teilweise nicht mehr, Funkdurchsagen kamen zuweilen nur in Wortfetzen oder überhaupt nicht an. Der Digitalfunk ging zwar nicht vom Netz, es sollten aber keine Gespräche geführt werden, damit die Betreiberfirma technische Messungen vornehmen konnte.

„In München haben wir ein sehr dichtes Netz“, erklärt Forster. Was zum Problem wurde. Denn beim Wechsel von einer Funkzelle in die nächste setzte der Funk aus, mehr oder weniger lang. Das grundsätzliche Problem sei geblieben, sagt Forster, aber man habe es nun minimiert. Als größere Macke erwies sich die Anbindung der Einsatzzentrale des Polizeipräsidiums an das digitale Netz. Über

Funklöcher finden sich viele, in S- und U-Bahnen oder etwa in der Allianz Arena.

eine sogenannte Luftschnittstellenanbindung war die Leitzentrale mit den Funkwagen und Dienststellen verbunden, doch das klappte nicht. Deshalb wurde die Einsatzzentrale im Februar 2011 aus dem Probetrieb genommen.

Mittlerweile sind 2000 Handfunkgeräte verteilt, über 1000 Polizeiautos mit Digitalfunk ausgestattet und rund 300 Dienststellen verfügen über Festfunkgeräte. Benutzt wird der Digitalfunk bislang aber nur für die interne Kommunikation, wenn beispielsweise die Polizeieinspektion in Ismaning einen Streifenwagen zum Einsatz schickt. Ist die Münchner Einsatzzentrale involviert, wird analog kommuniziert. Zudem will digitales

Lichtermarsch gegen den Mast

In Freising leisten zwei Gemeinden konsequent Widerstand

Mauern – In vielen Orten hat sich die Empörung mittlerweile gelegt, zwei Gemeinden im Landkreis Freising aber leisten erbitterten Widerstand. Die Bürger dort wollen nicht akzeptieren, dass auf einer Anhöhe direkt über der Ortschaft Mauern ein 50 Meter hoher Sendemast für den neuen Digitalfunk stehen soll. Als die Pläne Ende 2010 bekannt wurden, gründeten sie eine Bürgerinitiative. Mitte Januar 2011 übergaben die Sprecher dem Bürgermeister 1083 Unterschriften. Zudem beteiligten sich 500 Mauerner an einem Lichtermarsch – in einer Gemeinde mit gerade einmal 2800 Einwohnern. Im benachbarten Wang schloss man sich dem Protest an.

Horrorberichte über Missbildungen bei Tieren schrecken auf.

Während anderswo der Sendemast längst steht, ist die Standortfrage in Mauern nach wie vor offen. Die Gemeinde gab ein Umweltgutachten in Auftrag, mit dem Ziel einen besseren Platz zu finden. Einen Platz, der das Ortsbild weniger beeinträchtigt und weiter von Wohnhäusern entfernt liegt. Einfach werde das nicht, räumte Bürgermeister Alfons Kipfelsberger (CSU) ein. Denn eigentlich hätten die Bürger am liebsten gar keinen der sogenannten Tetrafunk-Masten in ihrer Gemeinde.

Was sie aufbringt, ist eine Mischung von Gründen. Der Wanger Bürgermeister Hans Eichinger (FW) etwa beklagt die mangelnde Transparenz. Die Standortsuche war lange Zeit geheim. Hinzu kommt Angst vor Gesundheitsgefahren. Horror-Berichte über Missbildungen bei Tieren machten die Runde. Beschwichigungen aus dem Innenministerium halfen wenig. Auch dass die Technik nicht ausgereift ist, kritisieren deren Gegner.

Noch immer läuft die Kommunikation mit den Verantwortlichen alles andere als optimal. Eine seit Monaten vorgesehene Informationsveranstaltung im Landkreis wurde mehrmals abgesagt – zuletzt vor gut einer Woche. In Mauern findet nun zumindest der seit neun Monaten geforderte Runde Tisch statt. Warum die „Projektgruppe DigiNet“ aber sieben der in dem Gutachten untersuchten Standorte ablehnt, weiß die örtliche Bürgerinitiative immer noch nicht.

In ihrem Protest bleiben Wang und Mauern vorerst konsequent: Eine Beteiligung am Probetrieb lehnen sie bisher ab – selbst auf die Gefahr hin, dass es dann, wie das Landratsamt signalisierte, gar keine oder geringere Zuschüsse zur Anschaffung der neuen Funkgeräte geben werde. Diese Haltung könnte vor allem zum Problem für die Feuerwehren in den Gemeinden selbst werden, warnt Simon Mandrysch von DigiNet. In der sechsmonatigen Testphase lasse sich beispielsweise feststellen, ob es noch Funklöcher gebe.
Petra Schmirch

Aller guten Dinge sind drei

Digitalfunk, Analogfunk und Handy: Münchens Polizisten sind derzeit multimobil unterwegs

Funken gelernt sein. „Die Schulungen waren anfangs wohl zu theoretisch“, sagt Forster. Die neuen Geräte hätten mehr Funktionen, seien dadurch diffiziler zu bedienen. „Und wenn man reinschreit, übersteuert das Gerät.“ Dafür können die Beamten jetzt zum Beispiel von Ramersdorf nach Neuried funken, was mit dem Analogfunk und seinen drei Funkverkehrskreisen nicht möglich war. Bis Juni sollen alle Beamten des Präsidiums geschult sein, dann sind sie angehalten, intern digital zu funken. Bis November oder Dezember soll die Einsatzzentrale über Draht mit angebunden werden.

Digitalfunk, Analogfunk und Handy: Momentan sind Münchens Polizisten mit drei Geräten unterwegs. „Natürlich sind wir bemüht, den Analogfunk zurückzuführen“, sagt Jürgen Harle von der „Projektgruppe DigiNet“ im Innenministerium. Doch solange Rettungsdienste, Feuerwehren und Nachbar-Präsidien nicht umgestiegen sind, müssten die analogen Geräte bleiben. In den Straßentunnels am Mittleren Ring funktioniere der Digitalfunk jetzt, der Aubinger Autobahntunnel werde gerade fit gemacht. Allerdings, sagt Harle, gebe es noch Funklöcher: In den S- und U-Bahnen, in der Allianz Arena, im BMW-Museum oder den großen Einkaufszentren. Die Liste sei noch lang. Diese Objekte umzurüsten sei allerdings Sache der Betreiber.
Susanne Wimmer